



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	286-2024
Vorstossart:	Interpellation
Richtlinienmotion:	Nein
Geschäftsnummer:	2024.GRPARL.105
Eingereicht am:	05.12.2024
Fraktionsvorstoss:	Nein
Vorstoss Ratsorgan:	Nein
Eingereicht von:	Hegg (Lyss, FDP) (Sprecher/in)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Ja
Dringlichkeit gewährt:	Ja06.03.2025
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:	Auswahl

Kontroversen um Jonathan Brown: Verantwortung, Finanzierung und Prävention an der Universität Bern klären

Am 2. Dezember 2024 titelte die BZ unter Bezugnahme auf die Sonntagszeitung: «Skandalprofessor wurde von der Uni Bern eingeladen». Jonathan Brown publizierte antisemitische Mitteilungen und lehnt «LGBTQ-Ideologie» ab. Er wurde vom Nahost-Institut der Uni Bern an eine Konferenz in Bern eingeladen. Der Schweizerische Nationalfonds finanzierte mit. Die Uni Bern verteidigt offenbar dessen wissenschaftliche Arbeit. Dasselbe Institut war in den Medien, weil ein Mitarbeiter den palästinensischen Angriff auf Israel vom 7. Oktober 2023 begrüßte; danach stellte sich heraus, dass er der Ehemann der Institutsleiterin ist. Er wurde später entlassen.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Einladung und die finanzielle Unterstützung durch die Uni Bern?
2. Wie viel bezahlte die Universität Bern daran? Wie viel bezahlte der Nationalfonds?
3. Wer ist verantwortlich – die Uni oder der Nationalfonds?
4. Was hält der Regierungsrat davon, dass die ehemalige Institutsleiterin (und Ehefrau des entlassenen Mitarbeiters) immer noch dort tätig ist?
5. Was ist damit gemeint, dass die Universität Bern die wissenschaftliche Arbeit von Brown «verteidige»?
6. Wie gedenkt der Regierungsrat zu verhindern, dass sich ähnliche Vorkommnisse wieder ereignen?

Dringlichkeit beantragt: Ohne eine zeitnahe Klärung und präventive Massnahmen drohen weiterer Reputationsschaden für die Universität Bern sowie eine Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas in Bezug auf Antisemitismus, Diskriminierung und Vertrauen in akademische Institutionen.

Verteiler

- Grosser Rat